

**Zu den Fragen der CDU Kreistagsfraktion zu TOP 6 „Bauliche Sanierung und Modernisierung des Berufsbildungszentrums Dormagen“ im Schul- und Bildungsausschuss am 02.02.2021 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:**

Die in der Vorlage beigefügte Machbarkeitsstudie ist lediglich ein Vorschlag bzw. eine Variante. Es handelt sich nicht um eine konkrete Entwurfsplanung.

1. Für die Instandsetzung der vorhandenen Fassade müsste eine Dämmung auf die vorhandenen Waschbetonplatten, welche zunächst neu befestigt werden müssten, aufgebracht werden. Die Haltbarkeit sowie auch eine bautechnische Zulassung sind hierbei mehr als fraglich. Deshalb wurde diese Variante aus ökonomischer und technischer Sicht verworfen.

Dezernent VI hat grundsätzlich als strategisches Ziel für Neubau- und Sanierungsmaßnahmen eine möglichst nachhaltige und ressourcenschonende Bauweise ausgegeben. Holz ist als CO<sub>2</sub>-neutraler nachwachsender Rohstoff hier von besonderer Bedeutung. Auch besitzt z.B. Vollholz eine bessere Wärmedämmeigenschaft als Beton oder Mauerwerk. Durch hohen Vorfertigungsgrad können Bauzeiten deutlich reduziert werden.

Holzbau ist bezüglich der Langlebigkeit und Pflege durchaus mit anderen Alternativen zu vergleichen – die Lebensdauer wird von Fachleuten mit 40 bis 60 Jahren angegeben. Auch brandschutztechnisch ist die Holzbauweise heutzutage kein Problem mehr; sie können die gleiche Brandeinstufung wie Massivbauten erhalten. Eine weitergehende Prüfung ist zum heutigen Stand noch nicht erfolgt, da es sich lediglich um einen Vorschlag der Machbarkeitsstudie handelt.

2. Durch die Verbesserung in den Fluren (Schaffen von unterschiedlichen Zonen) ist ein zukunftsorientiertes Raumkonzept überhaupt erst möglich. Einige Klassenräume und Büroräume sind nicht mehr bedarfsgerecht oder ungünstig geschnitten (Rettungswege). Ferner ist vorgeschlagen durch bauliche Schließung der Fassade (auch energetisch sinnvoll) im Erdgeschoss/Mensa zusätzliche Raumkapazitäten zu schaffen. Die Planungen der Verwaltungen wurden auch mit der Schulleitung besprochen. Nach der politischen Grundsatzentscheidung wird das Raumkonzept mit der Schulleitung dahingehend optimiert. Das Schaffen von unterschiedlichen Zonen („Lernwelten“) wird darüber hinaus von der Schulleitung sehr positiv gesehen.

3. Ja, die notwendigen und vorgesehenen Gewerke wurden berücksichtigt und sind in den kalkulierten Einheitspreisen eingepreist.
4. Der Fugenkitt der Fenster und die Fugen der Fassadenplatten wurden auf Asbest und PCB überprüft. Ein umfassendes Schadstoffgutachten wird nach Festlegung der weiteren Vorgehensweise durchgeführt.
5. Stand heute ist angedacht, die Container zu mieten. Die Verwaltungsvorlage (Seite 9) beinhaltet eine Kosten-Zusammenfassung inklusive Kostenschätzung für eine Container-Lösung (1,5 Mio Euro), die zusätzlich zu den 9,3 Mio Euro anfallen würden. Hier wären aber noch der genaue Größenbedarf und der Standort der Container mit Dez. V/Amt 40 und Schulleitung abzustimmen, da vom Schuldezernat geplant ist, Berufszweige ggf. vorübergehend auf andere Standorte zu verlagern. Bei konkreter Angebotseinholung wird Kauf versus Miete erneut betrachtet.
6. Nein, die vorgesehene Photovoltaikanlage reicht nicht aus um den Strombedarf der Schule komplett zu decken. Die bisher geplante Photovoltaikanlage auf den Dächern des BBZ DO können im Mittel ca. 25 v.Hd. des Jahresstrombedarfs abdecken, bei einer Eigenverbrauchsquote des produzierten Solarstroms i.H.v. 80 Prozent.  
Die CO<sub>2</sub> Einsparung liegt nach Berechnungen bei ca. **34 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr**.
7. Die vorhandenen Brüstungen sind Teil der alten Fassade (Betonsandwichelement) und bei einer Fassadenerneuerung daher abgängig. Die Möglichkeit der Vergrößerung der Fensterflächen ist nur eine optionale Möglichkeit. Sie wird in der späteren Entwurfsplanung auf die Bedürfnisse angepasst und entspricht natürlich den baurechtlichen Bestimmungen (z.B. Absturzsicherung).

Nein, eine Erneuerung der Heiztechnik (**Fernwärme**) ist in der Verwaltungsvorlage nicht vorgesehen. Die vorhandene Technik ist aus 2008.

Im Falle eines Neubaus würden diese Fragen naturgemäß neu zu bewerten sein.

**Anlage:**  
**Fragenkatalog der CDU-Kreistagsfraktion**